

## **Änderungsantrag**

**der Abgeordneten Dr. Uwe-Jens Rössel, Kersten Naumann, Dr. Gregor Gysi  
und der Fraktion der PDS**

**zu der zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2000  
– Drucksachen 14/1400, 14/1680, 14/1910, 14/1922, 14/1923, 14/1924 –**

**hier: Einzelplan 10  
Geschäftsbereich Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

Der Bundestag wolle beschließen:

Folgende Ansätze zu erhöhen:

1. In Kapitel 10 03 Titel 652 90/889290 GA „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ ist um 100 000 TDM zu erhöhen.
2. In Kapitel 10 02 Titel 656 52 „Zuschüsse an die Träger der Landwirtschaftlichen Unfallversicherung“ ist um 115 000 TDM zu erhöhen.

Berlin, den 18. November 1999

**Dr. Uwe-Jens Rössel  
Kersten Naumann  
Dr. Gregor Gysi und Fraktion**

### **Begründung**

1. Ursprünglich war 1999 ohnehin eine Erhöhung der Gemeinschaftsaufgabe auf 1,2 Mrd. DM für 2000 vorgesehen. Die Begründung der Erhöhung liegt in der Sicherstellung der Kofinanzierung von EU-Mitteln zur regionalen Entwicklung, zur Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe und zur Umsetzung regionaler Entwicklungskonzepte vorzusehen. Grundlage einer Gegenfinanzierung bildet das alternative Konzept der Fraktion der PDS zum Sparpaket der rot-grünen Regierung.
2. Die Kürzungen der Bundesmittel zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung treffen jeden landwirtschaftlichen Betrieb und sind direkt einkommens-

wirksam. Die vorgesehene Kürzung von 115 Mio. DM führt teilweise bis zu einer 25 %-igen Erhöhung der Beiträge der Betriebe zur Landwirtschaftlichen Unfallversicherung. Bereits jetzt wird das berufsständische Unfallversicherungssystem zunehmend wegen zu hoher Beitragszahlungen gemessen an der Einkommenssituation der landwirtschaftlichen Betriebe von den Landwirten infrage gestellt. Diese Diskussion wird zunehmen, wenn die Bundesmittel als ein finanzielles Standbein abgebaut werden.